

Private Medien noch nicht zufrieden mit Regierungsvorschlag

Branchenvertreter konnten gestern ihre Inputs zur geplanten Anpassung der Medienförderung bei Medienministerin Monauni deponieren.

Gleichzeitig mit der Vorlage für die Sanierung und den Ausbau von Radio L hat die Regierung Anfang Juli auch einen Vernehmlassungsbericht zur Abänderung des Medienförderungsgesetzes vorgelegt. Während der Landtag kommende Woche also bereits über die Zukunft des Staatssenders entscheiden soll, werden zur Medienförderung noch bis zum 20. September Stellungnahmen gesammelt. Wann und ob überhaupt eine konkrete Vorlage im Landtag debattiert werden kann, steht somit noch nicht fest.

Monauni: «Und wieder sind wir bei Radio L»

Dass es kaum möglich ist, Radio L und die Medienförderung getrennt zu betrachten, zeigte sich am Donnerstagabend beim Internationalen Presseclub (LPC). «Und wieder sind wir bei Radio L. Es spielt eben alles ineinander», sagte Medienministerin Sabine Monauni irgendwann. Neben der zuständigen Ministerin hatte LPC-Präsidentin Carmen Dahl den Schweizer Verlegerverbandspräsident Andrea Masüger und Vertreter einiger privater Medienunternehmen Liechtensteins zur Podiumsdiskussion geladen. Für die Monatszeitung Lie-Zeit sprach der

Mitherausgeber und FBP-Landtagsabgeordnete Johannes Kaiser. Die Pläne für einen digitalen Ausbau bei Radio L müssten zwingend im Kontext zur Medienförderung gesehen werden, sagte Kaiser. Seit Monaten predige er: «Radio L muss gutes Radio machen, dieses Handwerk sollten sie mal beherrschen.» Wenn der Staat jedoch eine grosse Digitalredaktion ausfinanziere, würden sich die privaten Medien aus diesem Bereich zurückziehen. Verlegerverbandspräsident Masüger stimmte zu. Es sei sinnwidrig, den digitalen Bereich bei den privaten Medien zu fördern und mit dem staatlichen Medium zu konkurrieren.

Medienministerin Monauni, die sich für den Digitalausbau von Radio L starkmacht, verwies einmal mehr auf eine Studie der Universität Freiburg von Manuel Puppis und Etienne Bündel aus dem Jahr 2019. Darin empfehlen die Medienwissenschaftler, Radio L als öffentlich-rechtlichen Rundfunk digital besser aufzustellen. «Es geht darum, dass Service public eine breite Masse erreichen muss», sagte Monauni. Ohne digitales Angebot sei das nicht möglich. Masüger hielt dagegen: «Manuel Puppis ist ein



Diskutierten über die Medienlandschaft: Johannes Kaiser (Lie-Zeit), Patrik Schädler (Medienhaus), Sandra Woldt (IFLTV), Gregor Meier (Landesspiegel), Carmen Dahl (LPC), Andre Masüger (Verlegerverband Schweiz) und Sabine Monauni (Medienministerin).
Bild: Paul Trummer

Etatist. Da haben Sie vielleicht nicht den objektivsten Experten.» Zwar sei Puppis ein guter Medienwissenschaftler und könne durchaus befragt werden. «Aber man muss das Ergebnis dann auch richtig einordnen», so Masüger.

Schädler: «Feigenblatt» für die Radio-Debatte

Zum eigentlichen Thema, dem Vernehmlassungsbericht bezüglich Medienförderung, äusserte sich vor allem Patrik Schädler, Publizistischer Leiter beim Va-

duzer Medienhaus. Gefragt, was er an dem Vorschlag der Regierung positiv finde, fiel ihm zunächst nur ein: «Dass die Medienministerin ihn endlich aus der Schublade geholt hat.» Schädler sieht darin eher einen Schnellschuss. Seiner Meinung nach diene dieser Vernehmlassungsbericht der Regierung als «Feigenblatt» für die Radio-Debatte im September-Landtag, sagte Schädler unwidersprochen. «Doch noch ist nichts vergeben, es ist eine Vernehmlassung.» Nun seien viele Inputs und ein

reger Austausch zwischen Medien und Politik nötig, dann könne daraus eine Gesetzesvorlage werden, die vielen Ansprüchen gerecht wird.

Branchenvertreter sind sich in grossen Teilen einig

Und so unterschiedlich sind diese Ansprüche der privaten Medien in Liechtenstein gar nicht, wie sich in der Diskussion, die etwas von einer ersten Lesung im Landtag hatte, zeigte. Die Medienvertreter brachten diverse Detailanliegen vor,

Ministerin Monauni machte sich viele Notizen.

Ein klarer Konsens auf dem Podium wie auch im Publikum herrschte beispielsweise darüber, dass die politisch besetzte Medienkommission keinesfalls die Qualität der Medien kontrollieren darf. Dies hat die Regierung vorgeschlagen, diverse Voten sprachen sich eher für eine Lösung mit dem Schweizer Presserat aus. Dass eine seriöse Qualitätskontrolle nötig ist, ergab sich indes aus der Debatte: Beim Medienhaus, der Lie-Zeit, IFLTV und dem Landesspiegel scheinen recht unterschiedliche Auffassungen über Qualitätsstandards vorzuherrschen.

Kritisch sehen die Medienunternehmen aber allesamt, dass die Regierung die Förderung der Lohnkosten für journalistisches Personal kürzen will. Damit werde die Qualität der Medien definitiv geschwächt, so Branchenvertreter.

Allseits begrüsst wurde hingegen, dass der Sockelbeitrag angehoben und neu zusätzlich zur direkten Medienförderung ausgezahlt werden soll. Davon könnten vor allem kleinere Medien wie IFLTV oder die Lie-Zeit profitieren.

David Sele